



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Peru 2014

- Im Januar wurde Artikel 20 des Strafgesetzbuches geändert: Polizei und Militär werden von der individuellen strafrechtlichen Verantwortung befreit bei der „Durchführung ihrer Pflicht unter Verwendung von Waffen oder anderen Mitteln der Verteidigung, die zu Verletzung oder Tod führen können“. 139 Angehörige von Polizei und Militär, die zur Zeit angeklagt sind, Zivilisten verletzt oder getötet zu haben, könnten nach diesem Gesetz freigesprochen werden. Die Peruanische Polizei wird oft bei Bauernprotesten in den Anden oder im Regenwald eingesetzt, wo es auch regelmäßig zu Ausschreitungen kommt.

Dieses Gesetz droht das Recht auf Schutz vor willkürlicher Polizeigewalt zu untergraben.

- Im Rahmen eines „Familienplanungsprogramms“ unter Präsident Fujimori in den 1990er Jahren mussten Ärzte Quoten für Sterilisationen erfüllen, deswegen wurden die Frauen häufig bedroht oder eingeschüchtert, damit sie der Behandlung zustimmten. Ca. 200.000 Frauen wurden sterilisiert, großteils ohne vollständige Aufklärung oder unter Druck. Die meisten von ihnen gehörten der armen, großteils indigenen Landbevölkerung an. Da sie oft keine medizinische Nachsorge erhielten, litten viele an Komplikationen. 18 Frauen starben.

- 2004 begann die Staatsanwaltschaft mit Untersuchungen in den Fällen von ca. 2000 Frauen. Die Kriminalbehörden haben ihre Untersuchungen jetzt beendet und werden lediglich in einem einzigen Fall (bei dem die Frau die durch die Behandlung zu Tode kam) Anklagen gegen das medizinische Personal erheben. Amnesty drückt seine Bestürzung darüber aus, dass nach so langer Zeit die Verantwortlichen nicht angeklagt werden.

Quellen: ai News Service,

arte Dokumentation: „Zwangssterilisationen in Peru: Im Namen des Fortschritts“ (über youtube.de)
www.peruviantimes.com (15.1.2014)